

Gastkommentar: MMag. Louis Obrowsky, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren und GF der LLB Immo KAG

Die Hoffnung stirbt zuletzt, oder doch nie?

*»Willst du mir wohl sagen, wenn ich bitten darf, welchen Weg ich hier nehmen muss?«
.»Das hängt zum guten Teil davon ab, wohin du gehen willst,« sagte die Katze.
»Es kommt mir nicht darauf an, wohin —« sagte Alice.
»Dann kommt es auch nicht darauf an, welchen Weg du nimmst,« sagte die Katze.
Lewis Carroll: Alice's Abenteuer im Wunderland .*

Wie einfach und doch wahr. Übersetzt für Politiker bedeutet das: ohne Definition des Warum und daraus abgeleitetem eines klaren Ziels, gibt es keinen definierten Weg.

Werden sie das berücksichtigen? Die Hoffnung stirbt zuletzt oder doch nie? Das ist diesmal die große Frage, die die Wirtschaft sich im Rahmen der anstehenden Regierungsbildung täglich fragt. Denn trotz aller Beteuerungen, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommen muss, ist nicht sicher, ob dazu die nötigen Rahmenbedingungen auch umgesetzt werden. Es sollte eine nicht diskutierbare Logik sein, dass Arbeitsplätze nur damit geschaffen werden können, wenn die Wirtschaft die nötigen Impulse bekommt. Und nicht weil die Politik meint, sie schaffe Arbeitsplätze ohne der Wirtschaft Luft zum Atmen zu geben. Das hat noch nie nachhaltig funktioniert. Wenn laut Infrastrukturreport 2025 von Future Business Austria rund 39 Prozent der Unternehmen mit über 100 Mitarbeitern Teile ihres Geschäftes ins Ausland verlegen, bzw. 17 Prozent überhaupt den kompletten Sitz verlegen wollen, dann ist Feuer am Dach. Sieht das jemand??

Wir wollen aber dennoch nicht die Zuversicht verlieren und fordern von der neuen Bundesregierung zu handeln und nicht nur zu schwadronieren, welche weiteren Glückseligkeiten den Menschen mit einer 4 Tage Woche, höheren Sozialleistungen etc. geboten werden könnten. Der Standort ist in Gefahr, da müssen Träume hintanstellen.

Was die Wirtschaft derzeit mehr als dringlich benötigt, sind positive Signale in die richtige Richtung. Dazu zählen ein Standortbekenntnis mit einem attraktiven Investitionsfreibetrag, wobei dieser durchaus in unterschiedlicher Höhe bei nachhaltigen Maßnahmen und normalen Instandsetzungsarbeiten gesplittet werden könnte. Ein ganz wesentlicher Punkt wäre die Rechtssicherheit, die in den letzten Jahren völlig verloren ging. Maßnahmen die rückwirkend gelten, sollten gar nicht mehr angedacht werden, denn schlimmer kann man einen Standort gar nicht schädigen, da jede Investitionsentscheidung zum Risiko wird, Vertrauen verloren geht und somit diese gar nicht erst in Österreich getroffen werden.

Man hat sich in den letzten Jahren fast nur auf den Klimaschutz und das auch hauptsächlich ideologisch fokussiert, aber selbst im Rahmen dieses Weges auf die Energiesicherheit vergessen. Nur durch Hoffen fließt kein Strom und Gas, ganz zu schweigen von den schwankenden Preisen. Hier wäre mehr Pragmatismus gefragt.

Und wenn man schon beim Klimaschutz ist, dann sollte es der neuen Bundesregierung nicht schwerfallen, endlich die Duldungspflicht ins Mietrecht

aufzunehmen, denn nur dann kann sinnvoll energetisch saniert werden. Dazu gehört aber auch die Akzeptanz der Valorisierung der Mieten, denn nur so können genügend Mittel zur Sanierung aufgewendet werden. Wer keine Rendite erwirtschaftet, kann nicht investieren.

Es gäbe noch viele Punkte die man erwähnen könnte, um Österreich zu einem attraktiven Investitionsstandort zu machen. Wir müssen alle Kräfte bündeln, um aus der Krise zu kommen. Mehr Arbeitslose und Insolvenzen sind kein Nachweis für eine gute Standortpolitik, sondern die Kapitulation vor dem: Ärmel aufstricken und anpacken, damit was weitergeht.